

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2,50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Vorwärts zum Sieg!

Morgen soll die Einwohnerschaft Leipzigs mit dem Stimmzettel entscheiden, welche Gemeindepolitik in Zukunft auf dem Leipziger Rathause getrieben werden soll. Eine folgenschwere Entscheidung wird gefällt. Ist sie getroffen, und fällt sie gegen die Hand- und Kopsarbeiterschaft aus, dann hilft hinterher keine Reue, kein Klagen, dann geht die kapitalistische Walze über sie und ihre Familien weiter hinweg und unterwirft sie neuer, unerhörter Ausbeutung und Unterdrückung. Zur Stunde hat sie es noch in der Hand, das Schicksal zu ihren Gunsten zu wenden, ist der Stimmzettel erst abgegeben, dann ist die Entscheidung getroffen.

Nicht um die Macht an sich, um zwei scharf getrennte Grundzüge, zwei scharf getrennte Wirtschaftssysteme wird gerungen: die Gemeinnützigkeit und Wohlfahrt für die werktätige Bevölkerung und damit für die Gesamtheit, dort Ausnutzung des Rathauses zu selbstsüchtigen Interessen einer Handvoll Kapitalisten. Alle Ausgaben der Stadt für Einkäufe und Unternehmungen sollen ein paar Kapitalisten zugeschickt werden, damit sie Riesengewinne einfassen. Das ist die Parole aller bürgerlichen Parteien. Verhindern die sozialdemokratischen Vertreter eine solche Ausplünderungspolitik, dann schreit die Kapitalistenpresse wie jetzt zur Wahl wieder auf Befehl: die Stadt muß vom sozialdemokratischen Parteiregiment befreit werden! Eine verlogenerer Wahlsparole als die der bürgerlichen Parteien, die, wie die Deutschen und Deutschen Volksparteier nicht einmal unter ihrem eigenen Namen aufzutreten wagen, hat es noch nicht gegeben. Nicht sozialdemokratisches, sondern bürgerliches Parteiregiment herrscht in Leipzig. Der Rat hat, wie die bürgerliche Presse erst dieser Tage feststellte, bisher verhindert, daß die weitgehenden sozialdemokratischen Anträge durchgeführt wurden. Noch herrscht also in der Stadtverwaltung ein Kollenge kapitalistischer Vertreter, dem das Zuschlagen von gewinnabwerfenden städtischen Aufträgen an Privatunternehmer als vornehmste Aufgabe der Gemeindepolitik gilt. Dieser Auswucherung der Stadt durch Privatunternehmer hat die USP. Vertretung längst den Krieg erklärt und erreicht, daß der Stadt Millionen erhalten blieben. Die bürgerliche Presse hat die Frechheit, von sozialistischer Mißwirtschaft und Parteiherrschaft zu schreien, wo doch unwiderleglich feststeht daß der bürgerliche Rat und die bürgerlichen Parteien des Stadtverordnetenkollegiums die schändlichste, eigenfuchtigste Mißwirtschaft seit je getrieben haben. Rat und bürgerliche Parteien haben die Finanzen der Stadt während des Krieges völlig zerrüttet, Schulden auf Schulden gehäuft und wissen jetzt nicht mehr ein noch aus. Statt vom Schauplatz ihrer Bankrottwirtschaft abzutreten, kleben sie an ihren Nestern und lassen der Bevölkerung täglich neue Lasten auf, ohne auch nur einen Pfennig Deckung dafür zu haben. Sie erhoffen Hilfe vom Reiche und glauben sich trotz ihrer korrupten Bankrottwirtschaft für die zur Führung der Gemeindepolitik und Gemeindeverwaltung als die allein Berufenen ausgeben zu dürfen. Hunderte von Millionen Schulden während des Krieges, über 100 Millionen Defizit allein in diesem Jahre, das ist das Ergebnis der Rats- und bürgerlichen Stadtverordnetenpolitik. Die sozialdemokratischen Warner aber wurden von diesen Bankrottpolitikern während des Krieges noch als Vaterlandsverräter beschimpft.

Zehntausend Familien sind heute in Leipzig ohne eigene Wohnung; vor zwei Jahren noch betrug die Zahl der fehlenden Wohnungen zweieinhalb Tausend. Man sieht, immer schneller geht es auch hier dem Abgrund zu. Der private Wohnungsbau hat schon vor dem Kriege völlig versagt, die Interessen des Baukapitals und der Hausagrarier standen denen der Wohnungssuchenden, notleidenden Bevölkerung voran; die Zahl der Wohnungen wurde niedrig gehalten, damit die die Stadt beherrschenden Hausagrarier und Spekulanten die Mieterschaft unter der Krute halten und ausplündern konnten. Jetzt bauen die Privatunternehmer nicht, weil sie die Mieten nicht um das Doppelte und Dreifache steigern und ihnen die vom Reiche und der Stadt zu bewilligenden Hunderte von Millionen Baukosten-

zuschüsse nicht in den Taschen geworfen werden, so daß sie sich auf Kosten der Allgemeinheit Zinshäuser und Spekulationsobjekte verschaffen können. Diese böswärtigen Schädlinge des Volkes bekämpfen aber auch den städtischen Wohnungsbau in der verlogenen und giftigsten Weise. Und doch kann der wohnungsnotleidenden Bevölkerung nur von einem großen städtischen Wohnungsbauunternehmen Linderung und Hilfe werden. Die Stadt hat den Kredit und bekommt den Zuschuß vom Reiche zum Wohnungsbau; die Stadt hat Grund und Boden, Ziegeleien, Stein- und Sandgruben, Holz; sie hat also alle die Mittel, die zum Wohnungsbau in großem Umfange nötig sind. Um ihn aber in großem Umfange zu betreiben, dazu gehört eine Stadtvertretung, die den guten Willen dazu hat und energisch genug ist. Eine solche Vertretung kann nur die USP. stellen. Ihr, und nur ihr ist die Schaffung des städtischen Wohnungsbauamtes und die im Wohnungsbau erreichten Fortschritte zu danken. Wehe der armen Bevölkerung, wenn wieder unter Führung von Bauinteressenten und Hausbesitzern eine bürgerliche Mehrheit ins Stadtverordnetenparlament einzieht! Um das Zwei- und Dreifache werden die schon jetzt mehrfach erhöhten Mieten gesteigert werden. Es wird ein Wohnungswucher einziehen, sobald die lärglichen Reste des Mieterschutzes beseitigt sind, wie er noch nicht erlebt worden ist. Das elementarste Interesse eines jeden Mieters erfordert die Wahl konsequenter Wohnungspolitik im sozialistischen Sinne.

Alle Lasten und Kosten aus der verbrecherischen Kriegs- und Nachkriegspolitik, deren Träger und Schuldige gerade die konservativ-mittelständlerischen Gruppen sind, sind der arbeitenden Bevölkerung aufgeschuldet worden. Und jene Gruppen, jene Ausbeuter sind es, die wieder um die Stimme der Wähler werben. Gebt ihnen morgen die Antwort, indem ihr die USP. Vertreter wählt.

Wie auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, so hat die Politik des Rates und der bürgerlichen Parteien mit der Ernährungspolitik Bankrott gemacht. Beide haben dafür gesorgt, daß der geringe Konsumtentenschutz beseitigt und die Verbraucher der wahnsinnigsten Bewucherung ausgeliefert wurden. Noch immer schanzte der Rat und die bürgerlichen Stadtverordneten den Wucherern Gewinn über Gewinn zu, mit Zähigkeit ohnegleichen kämpften beide dafür, daß die von den Privatpächtern ausgebeuteten städtischen Güter nicht in den eigenen Betrieb der Stadt genommen werden und deren Erträge der Stadt zugute kommen. Unsere Partei ist seit Jahrzehnten auf das eifrigste bestrebt, den umfangreichen Landgrundbesitz der Stadt und ihrer Bevölkerung dienlich zu machen, anstatt ihn durch Pächter zu Privatwucherern ausbeuten zu lassen. Bis jetzt ist ihr dies nur bei vier Gütern gelungen, aber der Erfolg bei diesen vier Gütern zeigt, welch ungeheurer Nutzen für die Stadtbevölkerung entsteht, wenn der gesamte Grundbesitz in eigene Bewirtschaftung genommen, rational betrieben würde und die Erträge der Stadt voll zugute kämen. Wenn der Rat und die bürgerlichen Parteien das immer von ihnen im Munde geführte Wohl der Allgemeinheit wollten, dann müßten sie selbst die Güter in eigene Wirtschaft nehmen und der Privatausbeutung entziehen. Beinahe eine Million ist der Stadt durch die vier selbst bewirtschafteten Güter in zwei Jahren zugute gekommen, eine Summe, die sonst die Pächter geschluckt hätten. So hat gegen den zähen Widerstand des Rates und der bürgerlichen Parteien der Beweis erbracht werden können, welch großen Vorteil eine auf die Gemeinnützigkeit gerichtete sozialdemokratische Kommunalpolitik für die Bevölkerung hat. Angesichts dieser Tatsache wagen es die unter dem Deckmantel der wirtschaftspolitischen Gemeindefachliste segelnden Deutschen und deutsche Volksparteier von sozialdemokratischer Mißwirtschaft zu reden. Die Deutschen, die, wenn das Volk nicht so langmütig wäre, sich aus Furcht vor ihm in die äußersten Winkel vertrieben müßten, sind die intellektuellen Urheber der seit Jahren vorgekommenen politischen Morde, die Beführer der Mordbuben und die Organisatoren der Geheimbünde,

mit denen die Errungenschaften der Revolution beseitigt und das alte fluchbeladene System wieder ausgerichtet werden soll. Die deutschen Volksparteier sind die Helfer und Zutreiber bei der deutschnationalen Verbrecherpolitik. Warum treten diese Parteien nicht mit ihrem wahren Namen offen hervor? Warum verstecken sie sich hinter dem verschwommenen Wort: Wirtschaftspolitische Gemeindefachliste? Warum unterbreiten sie der Öffentlichkeit ihr wahres Programm nicht? Warum sagen sie nicht, daß sie die alte Ausbeutungs- und Unterdrückungsherrschaft wieder aufrichten wollen? Warum reden sie nur vom Herunterholen der roten Fahne vom Rathause und Beseitigen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenmehrheit? Einfach weil es dann mit ihrem Wahlschwindel vorüber wäre, weil sie sonst die Indifferenten und die durch die bürgerliche Presse verblödeten Wähler nicht gewinnen können. Das Schwanken mit dem roten Lappen ist neben den böswärtigen Lügen über die Sozialdemokratie ihr einzig zugkräftiges Wahlmittel. Auch die sogenannten Demokraten entblöden sich nicht, von sozialdemokratischer Mißwirtschaft zu sprechen, obwohl sie genau wissen, daß das Gegenteil wahr ist, daß die Mißwirtschaft einzig und allein bürgerlich-kapitalistisch ist und von ihnen beschützt und aufrechterhalten wird. Wenn sie ehrlich wären, so müßten sie zugeben, daß nur von bürgerlicher Mißwirtschaft gesprochen werden kann, die beseitigt werden muß, und daß die sozialdemokratische Vertretung unter Aufsichtung all ihrer Kraft daran arbeitet, daß diese bürgerliche Miß- und Bankrottwirtschaft beseitigt wird. Wer hat die Mißwirtschaft im Zoologischen Garten verschuldet und die Stadt um Unsummen gebracht? Bürgerliche Stadträte und Stadtverordnete, die im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft saßen, waren es! Wer hat im Palmengarten die Mißwirtschaft verschuldet, die die Stadt schon Unsummen gekostet hat und noch Unsummen kostet? Bürgerliche Stadträte und Stadtverordnete!

Wer vertritt dagegen die Interessen der Allgemeinheit? Die USP. mit ihrer auf die Gemeinnützigkeit gerichteten Politik!

Wer vertritt und führt die Forderungen uneingeschränkt durch, daß der Wille der Bevölkerung im Gemeindeleben unverfälscht zum Ausdruck kommt? Die USP.!

Wer erstrebt die weitestgehende Gemeindeform an? Die USP.!

Wer tritt für den Mieterschutz in der nachdrücklichsten Form und für den beschleunigten Wohnungsbau durch die Stadt ein? Die USP.!

Wer bekämpft den schamlosen Lebensmittelwucher und erstrebt eine Regelung der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung durch die Stadt? Die USP.!

Wer kämpft aufs energischste für den Ausbau der sozialen Fürsorge und für die Verbesserung der jetzt so eingeschränkten öffentlichen Gesundheitspflege? Die USP.!

Welches Programm haben die bürgerlichen Parteien diesem entgegenzustellen? Verleumdungen und Lügen über die Sozialdemokratie und Zetern über sozialdemokratischen Terror.

Gemeinnützige sozialdemokratische Gemeindepolitik oder privatkapitalistische Interessenvertretung steht morgen zur Entscheidung. Die bürgerliche Parteiherrschaft vor und während des Krieges hat Bankrott gemacht, die arbeitende Bevölkerung stöhnt unter den Lasten, die ihr durch diese verbrecherische Politik der bürgerlichen Parteien und Regierungen aufgeladen worden ist. Sie kann sie nur abschütteln, indem sie die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie wählt, die die Gewähr dafür bieten, daß mit der bürgerlichen Ausplünderungspolitik Schluß gemacht wird. Das Klassenregiment des Bürgertums, das von den böswärtigsten Reaktionen, den Deutschen und deutschen Volksparteiern, geführt wird, muß zerschmettert werden. Nicht der Profit des Kapitals, die Wohlfahrt der gesamten werktätigen Bevölkerung muß das Gebot der zukünftigen Gemeindepolitik sein.

Darum, auf zur Wahl, keiner bleibe zurück!

Vorwärts zum Sieg der Unabhängigen Sozialdemokratie!